

Bürgerbeteiligung und Politik

- Zum 2. Geburtstag von Politaktiv

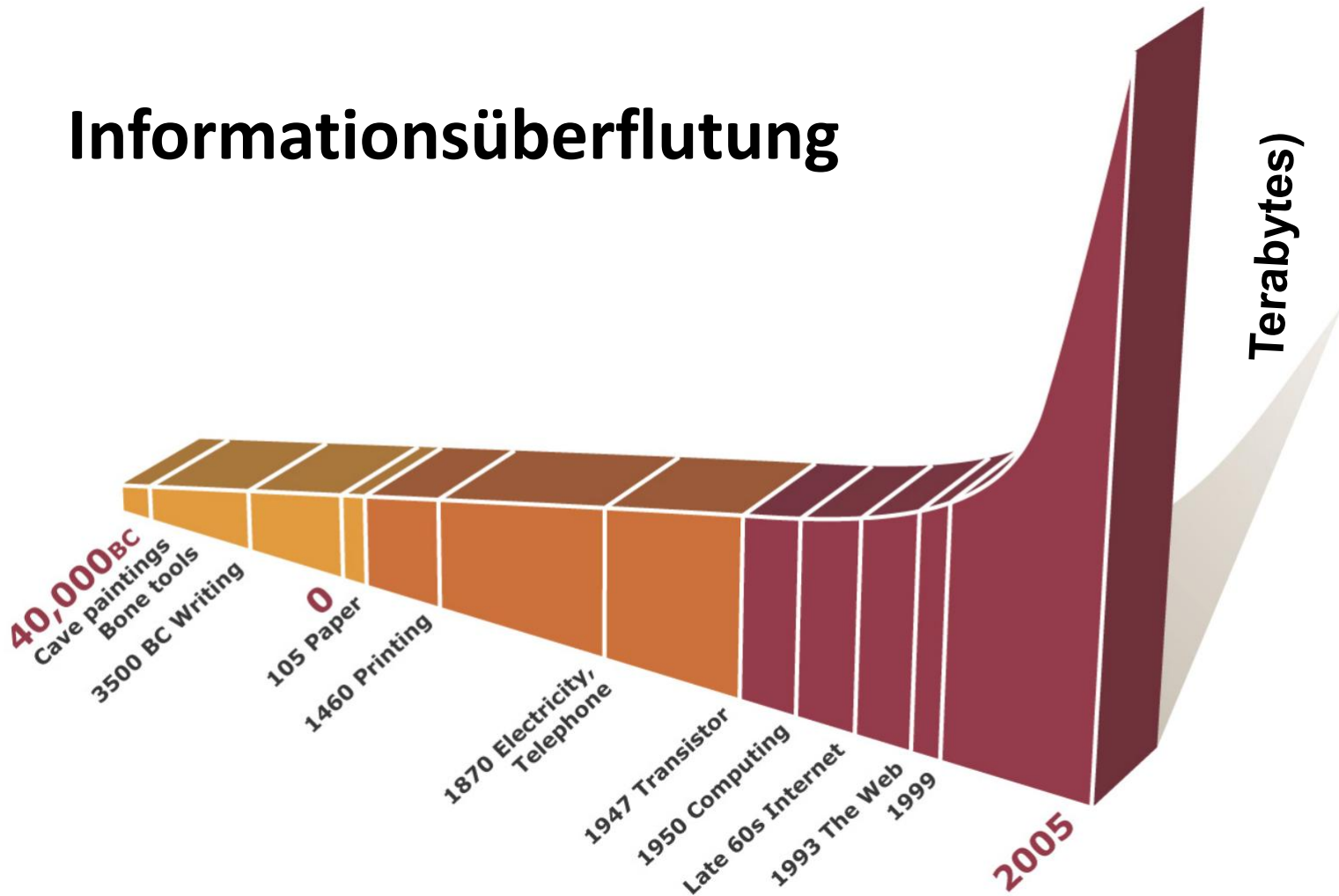
Wolf-Dieter Hasenclever

9.3.2013

Demokratie in der Bewährungsprobe

- Haben wir eine Krise der Demokratie? In Bezug auf zu wenig Mitentscheidungsmöglichkeiten der Bürger?
- Oder eine Krise bei der Durchsetzung notwendiger Entscheidungen? (z.B. Oberrheintrasse, Nord-Süd-Verbindungen beim Strom)?
- Ist die Lösung eine Expertokratie? (Die wir in vielen Bereichen schon haben: Währungskrise, Bankenrettung, Bürokratie der Europäischen Union, aber auch außenpolitische Entscheidungen)
- Tatsache ist: Die Welt ist komplizierter geworden.
- Vertrauen auf die Fachleute ist oft enttäuscht worden: Flughafen Berlin, Elbphilharmonie, Stuttgart 21
- Die Folge: Unbehagen.
- Schon weisen chinesische Medien darauf hin, dass das europäisch-demokratische Modell wohl nicht mehr zeitgemäß sei, weil es zu langsam auf die Herausforderungen reagiert (Energiewende).
- **Es ist aber ein elementares Bedürfnis der Menschen, zumindest in ihrem Erfahrungs- und Lebensbereich mitgestalten zu können.** Dass dies nicht ohne Berücksichtigung des „Großen und Ganzen“ gehen kann, wissen viele, aber nicht alle Bürgerinnen und Bürger.
- Entscheidend ist daher ein einfacher Zugang zu Informationen. Denn es gilt nach einer Bertold Brecht zugeschriebenen Feststellung: „Demokratisch ist es, aus dem kleinen Kreis der Kenner einen großen Kreis der Kenner zu machen.“
- **Aber Entscheidungen müssen dann auch zeitnah und konsequent umgesetzt werden.**

Informationsüberflutung



„Die Grenzen meines Wissens sind die Grenzen meiner Welt!“

Ludwig Wittgenstein
Ingenieur und Philosoph

Quelle: Fraunhofer IAO, 2010

Zugänglichkeit von Daten

- Daher müssen Daten zugänglich, Mitwirkungsmöglichkeiten einfach und Entscheidungsprozesse transparent gemacht werden.
- **Offenheit in Politik und Verwaltung ist daher das Paradigma der Stunde, und sie ist grundsätzlich im Zeichen von Web 2.0 und sozialen Medien (social media) umsetzbar.**
- Eine Teil- Lösung heißt E-Partizipation und Open Government. Dabei sind auch andere Möglichkeiten, wie z.B. direkte Informationsveranstaltungen, nicht zu vernachlässigen.
- Open Data bietet aber jetzt schon die Möglichkeit, bereits vorhandene Daten staatlicher Stellen und öffentlicher Einrichtungen der Allgemeinheit im Internet zur Verfügung zu stellen.

Freigabe von Verwaltungsdaten

Ein Rund- und Rückblick

- Vorreiter für Open Government war die Obama-Administration bei ihrer Amtsübernahme. Der neue Präsident schrieb sich Offenheit und Transparenz auf das Banner.
- Einige Bundesstaaten hatten schon in den Jahren zuvor begonnen, öffentliche Daten verfügbar zu machen. Der neue CIO der US-Regierung kam aus einem dieser Bundesstaaten und veranlasste die Einrichtung von data.gov im Mai 2009, einer Plattform für den ungehinderten Zugang zu Regierungsdaten.
- In Großbritannien hat die Regierung Brown 2009 eine ähnliche Initiative gestartet und damit auf öffentlichen Druck reagiert. Tim Berners-Lee wurde als Berater engagiert (der als Erfinder des World Wide Web gilt), er setzt sich besonders vehement für Open Linked Data ein.
- Die britische Plattform data.gov.uk ging offiziell im Januar 2010 in Betrieb
- Auch in Deklarationen der Europäischen Union zu E-Government wird die Freigabe öffentlicher Daten gefordert.

Open government in Deutschland:

- Auch die deutsche Verwaltung erkannte, dass sie in die Initiative gehen muss. Open Government ist Bestandteil des Regierungsprogramms „vernetzte und transparente Verwaltung“. Beim IT-Gipfel 2010 wurde der Aufbau einer Open Data Plattform bis 2013 beschlossen. Diese soll die Plattformen von Bund, Ländern und Kommunen vernetzen.
- Das zugehörige Projekt begann im Januar 2012. Das zu entwickelnde Open Government Portal sollte im Lauf des Jahres ans Netz gehen. Das Land Bremen hält sich zugute, mit ihrem Register zu Informationen der Landesregierung einen Vorläufer entwickelt zu haben
- Berlin hat das Projekt „Open Data Berlin“ : Offene Daten lesbar für Mensch und Maschine. Das ist das Ziel. Aber viele Daten sind noch nicht bereit gestellt.
- Projekte zum Bürgerhaushalt gibt es bereits in vielen Kommunen.
- Einen Überblick dazu gibt www.buergerhaushalt.org

Bürgerbeteiligungsportale als Lösung?

- In Baden-Württemberg gibt es z.B. auf der Landesebene durch das Portal "service-bw" jedem Bürger möglich, mit Ideen, Fragen und Stellungnahmen zu allen möglichen landespolitischen Themen an die Verwaltung heranzutreten. Möglich sind auch Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen.
- Die Fragen, wie die Stellungnahmen im Einzelnen bewertet werden und wie die Rückkoppelungen transparent geschehen, sind aber noch nicht gelöst.
- Diese Perspektive weist weit über die bisherigen punktuellen Ansätze und Lösungen hinaus.
- **Auf der kommunalen Ebene ist es leichter: z.B. gibt es mit PolitAktiv in Tübingen einen von der Integrata-Stiftung initiierten Ansatz, eine lebendige Diskussion der Bürger über kommunale Planungsvorhaben vor Beschlussfassung der Ämter, also in der Planungsphase, zu ermöglichen. Ähnliche Ansätze gibt es auch in anderen Kommunen und in anderen Bundesländern. .**

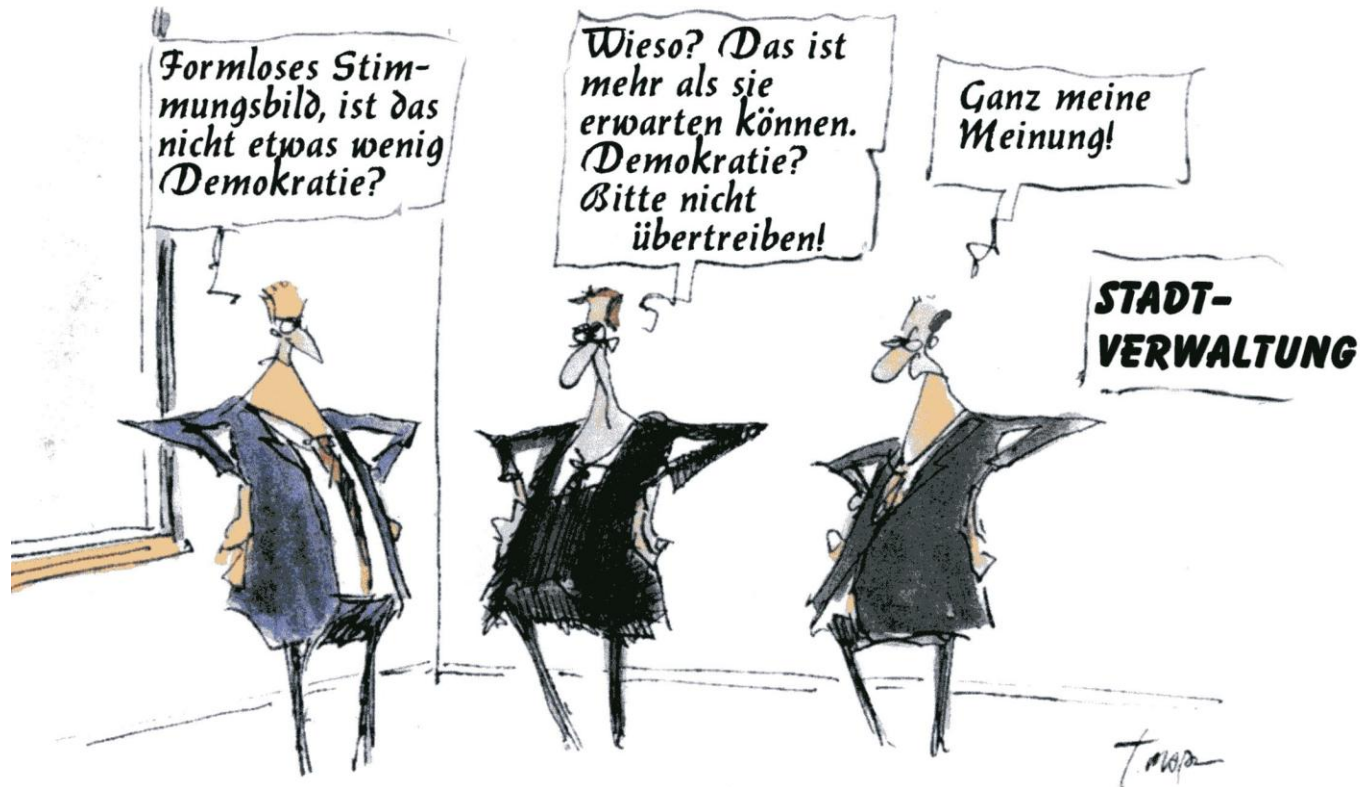
Zurück zu Baden-Württemberg

- Die grün-rote Landesregierung hat Bürgerbeteiligung von Anfang an auf ihre Fahnen geschrieben und im Regierungsprogramm verankert.
- Eigene Aussage: „Sie hat die Ernsthaftigkeit des Anliegens mit der Einrichtung einer eigenen Struktur, und vor allem mit der Einführung des Amtes einer Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, die gleichberechtigt mit den Ministern am Kabinetttisch sitzt, , gebührend unterstrichen.“ In der Tat: Für die Umsetzung der Pläne gibt es einen eigenen Kabinettausschuss Bürgerbeteiligung.

Erler wird zurückgepiffen

- **„Erneut hängt der Haussegen in der Landesregierung schief: Die SPD will Pläne der Grünen-Staatsrätin Erler für ein Bürgerportal nicht mittragen. Sie hält das Projekt für unausgegoren.“ (Bad. Zeitung, 6.3.2013)**
- Die SPD hält das Projekt indes für unausgegoren. Man habe noch "ganz erheblichen Erörterungs- und Klärungsbedarf", so SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel in einem Brief an Erler, der der BZ vorliegt. Man sehe daher derzeit "keine Grundlage für eine Beratung oder gar einen Beschluss dazu im Kabinett". Für kommenden Dienstag war eine Beschlussfassung im Kabinett vorgesehen. Die Tagesordnung ist aber kurzfristig geändert worden: Es gibt nun nur einen mündlichen Bericht der Staatsrätin. Mehrere SPD-geführte Ministerien fürchten einen erheblichen finanziellen und personellen Mehraufwand.

Bürgerbeteiligung aus Sicht der Verwaltung??



Bürgerbeteiligung Neckarweihingen

Alles ist schwieriger als gedacht

- Technisch: - wie können Datenbestände unkompliziert über welche Schnittstellen zugänglich gemacht werden, bevor verwaltungsinterne Entscheidungen getroffen werden- wie können Datenbestände softwaremäßig aufbereitet werden- wie kann Verwaltung eingebunden werden- welche Verwaltungsanweisungen können ggf. den Prozess der ePartizipation für die BürgerInnen attraktiver machen, ohne Verwaltung über Gebühr zu belasten
- Politisch: Welche Bürger sind jeweils Betroffene - wie kann das überprüft werden, wie kann man Frustrationen wegen sinnentleerer Diskussionen und anonymer Beschimpfungen verhindern (Piraten),
- Kretschmann: „Es kann doch nicht sein, dass jeder anonym auf den anderen eindreschen darf“ (Beispiel Piraten, Mehdorn)

O-Ton Regierungschef Ba-Wü:

- Einerseits: „Das wichtigste Projekt dieser Landesregierung ist die Bürgerbeteiligung“
- Aber auch: „Nach einem Treffen mit Stuttgart 21 Gegnern: „Wir haben stundenlang einander vorbeigeredet. Es gibt eben immer noch einen Einwand und ein filigranes Argument, aber irgendwann muss die Sache auch mal beendet sein, und das ist sie durch Volksabstimmung. An dieser Einsicht fehlt es. Stattdessen grassiert das Gefühl, ungerecht behandelt zu sein“.
- „Aber das Notwendige zu tun und schwierige Probleme zu lösen, ist nun mal Aufgabe der Politik“
- „...der Mensch ist nun mal ein Bündel aus Emotionen und Vernunft“

Wie kann Partizipation technisch sichergestellt und trotzdem zu notwendigen Entscheidungen gefunden werden?

- Wie sollen digitale Partizipationsumgebungen so gestaltet werden, dass einerseits die Informationsmedien im Teilnahmeprozess nicht korrumpiert werden (können), sich aber trotzdem in die Menge der digital bereitzustellenden Dokumente nachvollziehbare und sinnvolle Strukturen einbringen lassen
- Wie können für die Personen, die sich informieren und möglicherweise aktiv über Stellungnahmen oder Abstimmverhalten sichtbar machen alle Persönlichkeits- und Datenschutzrechte sowie die Verwaltungsvorschriften zum Nachweis der Person zusammen gelöst werden.

Wie kann Partizipation politisch sichergestellt und trotzdem zu notwendigen Entscheidungen gefunden werden?

- Wie kann die Schar der aktiven Bürger so verbreitert werden, dass wirklich repräsentative Diskussionen stattfinden?
- Wie können die Verwaltungen mitgenommen werden?
- Wie können wir die Bürger dazu bekommen, nach demokratisch gefällten Entscheidungen die Entscheidungen zu akzeptieren?
- Wie kann die Ausgestaltung von Minderheiten- und NGO-Rechten so gestaltet werden, dass dennoch große notwendige Maßnahmen schnell umgesetzt werden?

Ungelöste Herausforderungen 1

- Deutschland ist nunmehr der einzige große Industriestaat der Welt, das aus der Atomenergie aussteigt. Ein Riesenerfolg der Bis und der Grünen.
- Aber der Ausstieg muss ohne industrielles Desaster erfolgen.
- Das kann nur über massenhafte und sehr schnell gebaute Windkraftwerke geschehen (Ba Wü ist ausgerechnet Negativbeispiel)
- Und über neue Trassen von Nord nach Süd incl. Umspannwerke usw. Bis verhindern den schnellen Ausbau.

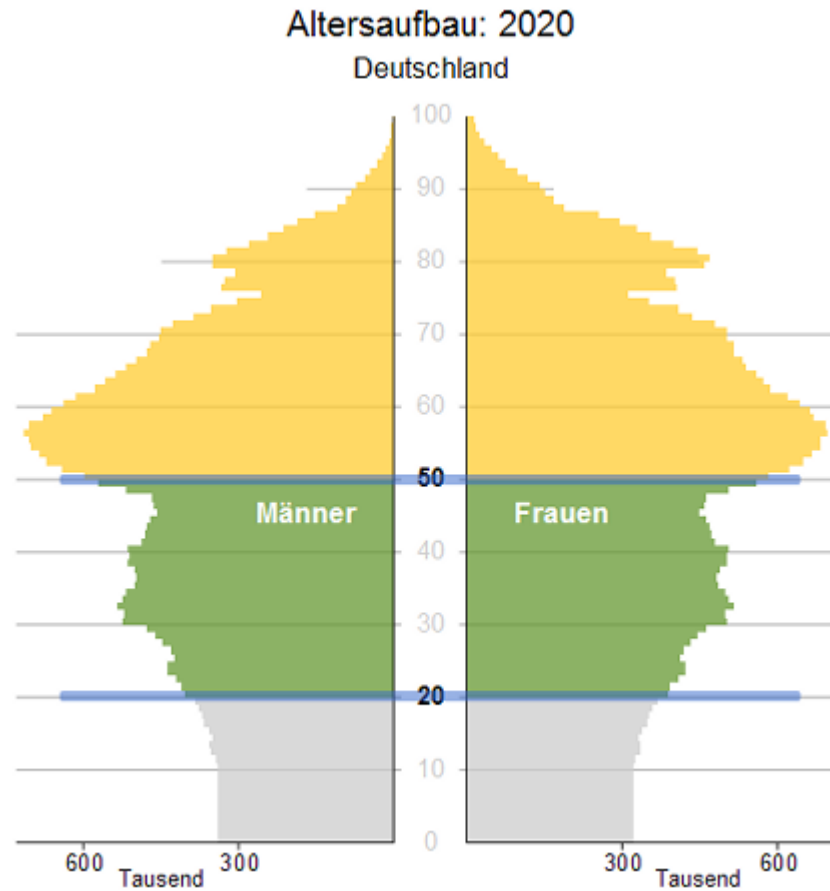
Ungelöste Herausforderungen 2

- Große Infrastrukturmaßnahmen müssen nach wie vor möglich sein.
- Beispiele: Oberrheintrasse für den Schienenverkehr. Gelingt dies nicht zeitnah, bleiben die Absichtserklärungen für die Schiene hohl. (Und insbesondere die grüne Politik erweist sich als unrealistisch), ganz zu schweigen vom Bruch der der Schweiz gegebenen Versprechungen.

Das negative Beispiel der Piraten und Schlussfolgerungen

- Anonymität bei Meinungsäußerungen führt zu Mißbrauch der Meinungsfreiheit.
- Saubere Trennung zwischen echten Meinungsportalen und Blogs nur mit Echtnamen und „Schmierwänden“ zum Auskotzen, aber ohne politische Relevanz.
- Rolle der Journalisten als seriöse Mittler und Bewerter...??
- Muss ggf. die Anonymität im Internet bei Foren grundsätzlich abgeschafft werden?

Bildung und Weiterbildung im Hinblick auf mehr Bürgerbeteiligung unverzichtbar



Bürger, auch Ältere (!) mitnehmen durch transparentes, gegliedertes Verfahren

1. **Mögliche Planungsziele und Argumente mit möglichen Alternativen (im Netz) offen legen**
2. **Über die Ziele ggf. Mehrheitsentscheidungen herbeiführen mit mehr direkt-demokratischen Elementen (sollten ausgebaut werden)**
3. **Zur Umsetzung im Vorfeld von Verwaltungsentscheidungen Informationen und Alternativen (nicht des Ziels, sondern der Umsetzung) offen legen, weitere Alternativvorschläge durch Bürger einholen.**
4. **Alternativen durch Fachexperten bewerten und diskursiv (im Netz) erörtern**
5. **Entscheidungen herbeiführen (s.2)**
6. **Umsetzen.**